

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1906**

28.3.1906 (No. 107)

# Karlsruher Zeitung.

Mittwoch, 28. März.

№ 107.

Expedition: Karl-Friedrich-Straße Nr. 14 (Telephonanschluß Nr. 154), woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.  
Vorausbezahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 65 Pf.  
Einrückungsgebühr: die gespaltene Zeile oder deren Raum 25 Pf. Briefe und Gelder frei.  
Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verantwortung für irgendwelche Vergütung übernommen.

1906.

Abonnements auf die „Karlsruher Zeitung“ für das II. Quartal nimmt jede Postanstalt entgegen. Die Expedition der „Karlsruher Zeitung“.

## Amtlicher Teil.

Durch Entschließung Großh. Steuerdirektion vom 22. März d. J. wurde Steuerkontrolleur Karl Hanagarth beim Finanzamt Hornberg zum Buchhalter ernannt und zum Großh. Finanzamt Mosbach versetzt.

## Nicht-Amtlicher Teil.

### Die Marokko-Konferenz.

(Telegramme.)

Zum Abschluß in Algiras.

SRK. Berlin, 27. März.

Es war ein Akt des Entgegenkommens, daß Deutschland den vermittelnden Vorschlag des österreichischen Delegierten Grafen Welfersheim, nach allseitig günstiger Aufnahme in Algiras, durch seine Vertreter bei den Signatarmächten in verständlichem Geiste als eine für uns annehmbare Grundlage der Verständigung bezeichnen ließ. Der „Temps“ hat es fertig gebracht, diese bereitwillig angebotene Beihilfe zu einem Einigungsversuch in eine Bedrohung Frankreichs umzuwandeln. So unehrlich die kampfesweise des betreffenden Artikels, wie vieler seiner Vorgänger, auch ist, das eine läßt sich aus der langen Reihe der „Temps“-Angriffe gegen Deutschland zur Beherrschung entnehmen, daß die von manchen inländischen Politikern leichtsin vorausgesetzte günstige Stimmung für ein Zusammengehen mit uns in der für die Behandlung der marokkanischen Frage tonangebenden Kreisen Frankreichs keineswegs vorhanden ist. Die Gruppe dieser Intransigenten mag nicht groß sein; ihr Einfluß auf die Regierung aber steht fest und wird dadurch nicht geringer, daß die verantwortlichen Staatsmänner selbst ihn als lästig empfinden und beklagen. Unter solchen Umständen hätte der für politische Theoretiker so verlockend anfangende Fußpfad einer deutsch-französischen Sonderunterhandlung sich leicht ins Unwegsame verlieren können. Es ist besser, wir bleiben auf der geraden Straße international gültiger Festsetzungen.

Eben weil die französischen Marokkointeressenten die Erfahrung machen mußten, daß die Bindung durch Konferenzbeschlüsse schärfer wirkt, als Spezialverträge, haben sie sich so hartnäckig gestraubt, erst gegen die Konferenz als solche, dann gegen jede Bestimmung, die von dem Programm „Marokko für Frankreich“ ein Stück abtrennen läßt, gegen das internationale Element, dessen Stärkung der Grundzug des deutschen Vorgehens ist. Von diesem Prinzip werden wir uns nicht abdrängen lassen. In der Polizeifrage müssen uns die Befugnisse des Generalinspektors Handhaben bieten, um jeder Ausübung der Polizeigewalt zum Nachteil deutscher Interessen entgegenzutreten zu können. In der Bankfrage setzen wir der früher geplanten Banque Francaise du Maroc die internationale Staatsbank für Marokko entgegen. Und endlich verlangen wir bei der Vergebung öffentlicher Arbeiten in Reich des Scherifen die Gleichberechtigung des Wettbewerbs deutscher Unternehmer.

Algiras, 27. März. Die Konferenz erörterte gestern den Text des von dem Redaktionsausschuß vorbereiteten Entwurfs der Organisation der Polizei. Sie nahm den ersten Artikel an, der bestimmt, daß die Polizei aus marokkanischen Truppen gebildet und auf ihre Standorte unter der Autorität des Sultanats verteilt werden soll. Artikel 2, der die Ausbildung der französischen und spanischen Offiziere anvertraut und die Bedingungen ihrer Anwerbung durch

den Naahgen festsetzt, wurde in gleicher Weise ohne Vorbehalt mit unbedeutenden Änderungen angenommen. Die Redaktion des Artikels 3, der die Art der Ausbildung, die Befugnisse der Inspektoren, sowie die Vorbereitung des Reglements für die Organisation der Polizei betrifft, gab zu verschiedenen Ausstellungen Anlaß, welche die Teilnahme des Inspektors und des Diplomatischen Korps bei der Ausarbeitung dieses Reglements betreffen. Der Artikel wurde an den Redaktionsausschuß zurückverwiesen, um einen endgültigen Text herzustellen.

Die Konferenz nahm ferner Artikel 4 an, der die Effektivstärke der Polizeitruppen auf höchstens 2500 Mann, die Zahl der Offiziere auf höchstens 20, die der Unteroffiziere auf höchstens 40 festsetzt. Artikel 5, der das Budget für die Polizei auf 2½ Millionen Frank festsetzt, wurde gleichfalls angenommen. Artikel 6 und 7, die sich auf die Schaffung einer Inspektion der Tätigkeit der Polizei und auf die Funktionen des Inspektors, der aus der schweizerischen oder niederländischen Armee gewählt werden soll, beziehen, gaben Veranlassung zu einer Erörterung, im Lauf derer der österreichisch-ungarische Delegierte eine Anzahl Amendements einbrachte, die die Intervention des Diplomatischen Korps in der Kontrolle der Tätigkeit der Polizei und die Beziehungen des Diplomatischen Korps zu dem Inspekteur vorsehen. Nach Erörterung dieser verschiedenen Amendements wurden diese dem Redaktionskomitee überwiesen mit dem Auftrage, eine neue Fassung vorzubereiten.

Die Konferenz nahm zum Schluß Artikel 8 und 9 an, nach denen das Gehalt des Inspektors auf 25000 Frank festgesetzt wird. — Die nächste Sitzung ist auf heute nachmittag 3 Uhr angesetzt.

Algiras, 27. März. Das Redaktionskomitee trat gestern nachmittag 5 Uhr zusammen und prüfte die Frage der Zensoren im Bankprojekt. Jedes Land verlangt für sich einen Zensor, was unpraktisch erscheint. Die Konferenz wird wahrscheinlich vorschlagen, daß drei Zensoren genügend sind. Das Komitee erörterte dann die Frage der Polizeieinspektion, die Mängelvorwürfe des Grafen Welfersheim und trat dafür ein, daß der Bericht des Inspektors dem Vertreter des Sultans und dem Diplomatischen Korps übermittelt wird. Es herrscht der Eindruck, daß die Delegierten bezüglich mehrerer Punkte noch an ihre Regierungen berichten müssen. Das Redaktionskomitee hielt heute früh abermals eine Sitzung ab.

New-York, 27. März. Ein heutiger Kabelbericht des Vizekonsuls White aus Algiras meldet: Eine Einigung über die Polizeifrage de facto sei erreicht. Frankreich, Spanien und wahrscheinlich auch eine dritte Macht würden die gesamte Polizeikontrolle in Marokko erhalten.

## Deutscher Reichstag.

(Ergänzung des telegraphischen Berichts.)

Berlin, 26. März.

Abg. Dasbach (Zentr.) verlangt Auskunft über die Verhältnisse der Zulassungsgesellschaft und fragt nochmals, ob die Prügelstrafe vollständig abgetan sei.

Geh. Rat Nole: Die Verachtungen von Kolonialbeamten bezüglich ihres Verhältnisses zur Zulassungsgesellschaft sind viel zu allgemein und nicht richtig, als daß wir deshalb den Staatsanwalt anrufen sollten. Als gerichtliche Strafe kommt übrigens die Prügelstrafe nicht vor. Sie wird nur zur Aufrechterhaltung der Disziplin angewandt.

Abg. Lebebour (Soz.) wendet sich gegen die Prügelstrafe, welche stets barbarisch wirkt. Eine Freiheitsstrafe von einigen Monaten würde weit bessere Erfolge zeitigen.

Abg. Erzberger (Zentr.) erklärt, der Erbsprinz zu Sohenlohe bezeichnete die Beschwerden über die Verantwortlichkeit der Beamten als lächerlich und frivol. Ich konstatiere, daß solche Behauptungen, durch welche die Ehre der Beamten schwer verletzt wird, ungestrast erhoben werden dürfen.

Geh. Rat Nole entgegnet: In der Beschwerde über die Verantwortlichkeit der Beamten sind die Vorwürfe der Verantwortlichkeit nicht als eigene Meinung, sondern als Schwärze eines jungen, unreifen Beamten der Zulassungsgesellschaft wiedergegeben. Ein Einschreiten erübrigt sich daher.

Abg. Wassermann (natl.) erklärt, es wäre richtiger, in manchen kolonialen Sachen die Dinge etwas ernster zu nehmen, als es gegenwärtig geschieht. Zweifelhafte Elemente in der Beamtenenschaft sollten entfernt werden. Die Prügelstrafe wirkt verrohend auf den Empfänger und auf den Verabsolger.

Abg. Müller-Sogon (freil. Vp.) erklärt, die neue Firma der Kolonialverwaltung sollte nicht die Sünden der alten Verwaltung zu bedenken suchen.

Kolonialdirektor Erbsprinz zu Sohenlohe-Langenburg hält seine Charakterisierung der Neußerung, daß ein Beamter käuflich sei, als frivol, aufrecht.

Nach weiterer kurzer Debatte wird der Etat für Neu-Guinea bewilligt, desgleichen debattelos der Etat für die Karolinen, die Palao- und die Marianen-, sowie für die Marschallinseln.

Es folgt der Etat für Samoa.

Abg. Gidhoff (freil. Vp.) fragt, ob Gouverneur Soli nach Ablauf seines Urlaubs nach Samoa zurückkehren werde.

Erbsprinz zu Sohenlohe erwidert, daß hierüber noch keine Entscheidung getroffen sei.

Bei den einmaligen Ausgaben werden 20 000 M. zur Erwerbung von Land gefordert. Die Budgetkommission beantragt die Streichung dieser Summe.

Gouverneur Soli befragt die Bewilligung dieser Summe im sanitären Interesse. Von einer Landspelulation könne angesichts der Geringfügigkeit der Summe keine Rede sein.

Die Position wird hierauf getriggen und der Rest des Etats für Samoa nach den Beschlüssen der Kommission bewilligt.

Sodann wird der Etat für Kiautschou gemäß den Beschlüssen der Kommission debattelos angenommen. Ebenso werden die Spezialstats für die Expeditionen nach Südwestafrika und nach Ostafrika nach den Beschlüssen der Kommission angenommen.

Es folgt die Beratung der Novelle zum Flottengesetz: Vermehrung des Schiffsbestandes um sechs große Kreuzer. Die Kommission beantragt die unveränderte Annahme dieser Novelle. Die freisinnige und die deutsche Volkspartei haben einen Antrag eingebracht, wonach die Mehrkosten aus dieser Novelle durch eine Reichsvermögenssteuer gedeckt werden sollen. Die Steuer soll erhoben werden von den Vermögen, welche 100 000 M. übersteigen.

Abg. Graf Triola (natl.) tritt für die Vermehrung der Auslandskreuzer ein. Es entspreche nicht dem Ansehen des Deutschen Reiches, wenn wir bei Aktionen im Auslande, wo andere Länder bisweilen Geschwader zur Verfügung haben, nur durch kleine Kreuzer oder gar durch ein Schulschiff vertreten werden. Besonders erfreulich sei es, daß auch die beiden freisinnigen Parteien für die Bewilligung der Forderung eintreten. Redner polemisiert dann gegen die Sozialdemokraten, welche dem Reiche die Verteidigungsmittel verweigerten. Die Verdienste des Staatssekretärs v. Tirpitz um den Ausbau unserer Flotte sollten gerade die Herren vom Flottenverein anerkennen.

Abg. Bebel (Soz.) führt aus: Darüber, daß die Vorlage Annahme finden wird, haben die Kommissionsberatungen keinen Zweifel gelassen. Sie zeigen, daß die einzige ablehnende Partei die Sozialdemokratie ist. Die Agitation des Flottenvereins bedeutet eine Anklage der Marinebehörde allerhöchster Art. Wenn in einem Flugblatte dieses Vereins gesagt wird: „Im Kriegsfalle werden 9000 deutsche Seeleute wie bei Fukushima nutzlos in den Tod getrieben. Die jetzige Vorlage verlange nur die Schale nicht den Kern und nütze die Stimmung des Volkes nicht aus, sie bedeute eine Vernachlässigung des Lebensinteresses der Nation“, so weiß ich nicht, wie man staatsgefährlicher agitieren kann. Der Schutz des Handels liegt auch in unserem Interesse. Die internationale Sozialdemokratie hat das höchste Interesse an der Entwicklung des internationalen Verkehrs. Die Steigerung des deutschen Welthandels seit 1896 ist aber mit der Flotten- und Kolonialpolitik nicht in Zusammenhang zu bringen. Unsere auswärtige Politik hat uns das Mißtrauen des Auslandes eingebracht, so daß wir vollständig isoliert sind. Rußland, Frankreich und England geschlossen gegen uns haben und uns auf den Dreibund nicht verlassen können.

Staatssekretär v. Tirpitz: Die Zeiten und Bedingungen haben sich für die Flotte geändert, deshalb haben sich auch die Anschauungen der früheren Flottengegner, soweit sie auf nationalem Standpunkte stehen, geändert. Allerdings gehört Herr Bebel nicht hierzu, und ich glaube auch, daß er mit seinen Parteigenossen nicht ganz einzig dasteht. (Zuruf: Aber sehr!) Nun dann weise ich darauf hin, daß die sozialistischen Monatshefte einen entgegengegesetzten Standpunkt in einem Artikel einnehmen, in welchem darauf hingewiesen wird, daß man die Beschränkung des Flottenbaues nicht auf das eigene Land begrenzen soll. Diese Aeußerung beweist, daß nicht die ganze Partei hinter ihrem Chef steht. (Geisterzeit.) Die Bezeichnung „schwimmende Särge“ für alte Kriegsschiffe, die tatsächlich nur für gewisse lokale Zwecke verwendet werden, ist als ein Schlagwort aufzufassen, wenn auch meiner Ansicht nach als ein bedauerliches. Der Hinweis auf die „Splendid Isolation“ sollte doch für Herrn Bebel die Konsequenz bieten, daß nun erst recht die Flotte schleunigst ausgebaut werde. (Lebhafter Beifall.)

Darauf wird ein von allen Parteien unterzeichneter Antrag angenommen, wonach während der Erkrankung des Vizepräsidenten Dr. Paasche der Abg. Büjning mit diesem Amte betraut wird.

Hierauf vertagt sich das Haus auf morgen Mittwoch 1 Uhr. Dritte Lesung der Kamerunbahnvorlage und Fortsetzung der heutigen Beratung. Schluß 6¼ Uhr.

(Telegraphischer Bericht.)

Berlin, 27. März.

Präsident Graf Balkeström eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 20 Min.

Der Gesetzentwurf, betreffend Uebernahme einer Reichsgarantie für die Eisenbahn Dualla-Manengubaberge, wird in dritter Lesung angenommen.

Darauf wird die zweite Beratung der Flottennovelle fortgesetzt.

Abg. Spahn (Zentr.) will die Vorlage vorbehaltlich der Regelung der Deckungsfrage bewilligen. Seine Partei anerkennt durchaus die Notwendigkeit einer Vermehrung der Flotte. Gegenüber der Frage, was erfordert die Unabhängigkeit und Sicherheit des Vaterlandes, müßten alle anderen Erwägungen zurückstehen. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Nischhofen (konf.) begrüßt die Begeisterung des Volkes für die Vermehrung der Flotte.

Abg. Müller-Sogon stimmt der geforderten Vermehrung der Auslandsschiffe zu, wünscht aber, daß die erforderlichen Summen den tragfähigen Schultern auferlegt werden und nicht durch indirekte Steuern oder Stempelabgaben gedeckt werden. Er beantragt daher, die erforderlichen Summen durch eine Reichsvermögenssteuer zu decken.

(Mit einer Landtagsbeilage.)

berlichen Mittel aus einer Reichsvermögenssteuer zu beschaffen.

Staatssekretär v. Tirpitz spricht seine Freude darüber aus, daß die Volksparteien der Forderung der Regierung Anerkennung zollen, bedauert aber die vom Vorredner geäußerten Bedenken. Ohne den grundlegenden Rahmen des Flottengesetzes hätten wir den Schiffsbau nicht so regulieren können, wie es geschehen ist. Auf Grund dieses Gesetzes ist es meiner Meinung nach möglich gewesen, eine der französischen Flotte gleichwertige Flotte zu schaffen.

Auf Vorschlag des Präsidenten Graf Falkenreim wird der Antrag der Volkspartei mit der Diskussion über die Novelle verbunden.

**Berlin, 27. März.** Die Budgetkommission des Reichstages verhandelt über die Resolution Kompeß, den Reichskanzler zu erfuchen, sofort eine Lösung der Verträge herbeizuführen, die über die Lieferungen in die Schutzgebiete von der Kolonialabteilung und vom Auswärtigen Amt abgeschlossen worden sind, und die über die Dauer des Statjahres hinausgehen. Die Kommission nahm einen Zusatzantrag Arendt an, wonach bis zum Ablauf der Verträge auf Ermäßigung der Preise für vereinbarte Lieferungen durch gütliche Vereinbarung hingewirkt werden soll.

### Parlamentarisches aus Sachsen.

**Dresden, 26. März.**

In der Zweiten Kammer wurden die Vorberatung und Schlussberatung über den Gesetzentwurf, die Abänderung des Ergänzungsteuergesetzes vom 2. Juli 1902 betreffend, und der Beschluß der Ersten Kammer, die Aufhebung des § 19 des Ergänzungsteuergesetzes betreffend, vereinigt. Die Beratung leitete Staatsminister Dr. Müller mit einer Rede ein, worin er betonte, daß der Gesetzentwurf einen doppelten Zweck habe. In seinem ersten Teile will er steuerpflichtig machen das Land- und forstwirtschaftliche Betriebskapital des Eigenwirts, und im zweiten Teile wird vorgeschlagen die Fortdauer der alljährlichen Einschätzung zur Ergänzungsteuer. Was den ersten Teil betrifft, den § 19 des Ergänzungsteuergesetzes, so erfüllt es die Regierung mit Befriedigung, daß die Erste Kammer dem Beschluß der Zweiten Kammer wegen der Aufhebung dieser Vorschrift beigestimmt hat. Es sei weniger das finanzielle Interesse, was hierbei den Ausschlag gibt, als vielmehr das politische. Nun hat ja die Erste Kammer dem Antrage der Zweiten Kammer nicht schlechthin entsprochen, sondern sie hat noch den Antrag gestellt, daß eine gewisse Ausgleichung stattfinden möge insofern, als nunmehr die Minimalgrenze der Ergänzungsteuer um eine Klasse, nämlich von 10 000 auf 12 000 M. heraufgezogen werden soll. Die Regierung habe dem Vorschlage der Ersten Kammer wegen der Erhöhung der unteren Steuerklasse bei der Ergänzungsteuer nicht ohne Sorge zugestimmt. Die Minimalgrenze der Ergänzungsteuer ist in Sachsen schon jetzt höher als anderswärts. Wenn jemand ein reines Vermögen von 10 000 Mark besitzt, und davon eine Steuer von 5 M. jährlich zu bezahlen hat, so ist das ein sehr erheblicher Gegenstand. Trotz dieser Bedenken, die mehr allgemeiner Art sind und die sich nicht gegen die Ergänzungsteuer allein richten, hat die Regierung geglaubt, dem Vorschlage zustimmen zu sollen. Was den zweiten Teil der Gesetzesvorlage anlangt, der vorgeschlägt, daß man von der bisherigen geschätzten Bestimmung abgeht, nach der fortan nur dreijährige Veranlagungsperioden stattfinden sollen, so legt die Regierung ein sehr großes Gewicht darauf, daß dieser Vorschlag die Zustimmung der Kammer finden möge. An sich wäre es richtiger gewesen, daß zunächst der Beschluß der Ersten Kammer der Zweiten Kammer zur Beschlußfassung vorgelegt worden wäre, und daß dann die Regierung mit einem Gesetzentwurf hervorgetreten wäre. Aber da in der jetzigen Geschäftslage nicht viel Zeit zu verlieren ist, hat die Regierung geglaubt, jetzt schon vorgehen zu sollen. Was nun die einjährige Veranlagungsperiode betrifft, so erachtet die Regierung es für dringend notwendig, daß man in dieser Beziehung dem Grundsatze gerecht werde, daß die Steuer sich nach dem tatsächlichen und nicht nach einem fingierten Vermögensstande richten soll. Das Ergänzungsteuergesetz hat die Eigentümlichkeit, daß auf die Veranlagung von wesentlichen Einkünften sind die Verchiebungen, die sich zwischen dem beweglichen und unbeweglichen Vermögen vollziehen. Wenn jemand einen Teil des beweglichen Vermögens auf den Ankauf von Grundstücken verwendet, so entgeht er insofern der Ergänzungsteuer, ein Vorgang der sich außerordentlich häufig im wirtschaftlichen Leben abspielt. Die Regierung legt großes Gewicht darauf, daß die direkten Steuern nicht überspannt werden. Auf der anderen Seite aber muß man von dem Grundsatze ausgehen, daß eine einmal bestehende Steuer auch gerecht und billig wirkt und diesen Zweck verfolgt der Vorschlag der Regierung wegen der Veränderung der Veranlagungsperiode. Es kann das Moment wohl kaum in Betracht kommen, daß eine Veranlagung der Steuerpflichtigen stattfinden wird. Es ist ja ausreichend bekannt, daß eine Deklarationspflicht bezüglich der Ergänzungsteuer nicht besteht. Wer einmal deklariert hat, wird seine nächste Deklaration sehr leicht aufstellen können, und wer irgend welche besondere Gründe hat, nicht zu deklarieren, der unterwirft sich keinem weiteren Nachteile, als daß er abgeschätzt wird.

In der Debatte wurde vom konservativen Abg. Sähnel die Beforgnis geäußert, als ob durch die Annahme des Dekrets eine wesentliche Belastung der Landwirtschaft bzw. des landwirtschaftlichen Betriebs eintreten würde; er stellte fest, daß Güter unter 20 Hektar von der gegenwärtigen Gesetzesvorlage überhaupt nicht betroffen werden würden. Andererseits meinte er, daß die Hinaufhebung der Grenze von 10 000 auf 12 000 M. besser unterblieben wäre. Der nationalliberale Abgeordnete Schill war der Meinung, daß an Stelle der dreijährigen unbedingte die einjährige Schätzungsperiode treten müßte. Nachdem das Gesetz die gegenwärtige Struktur erhalten habe, nämlich die Unterscheidung zwischen dem der Grundsteuer unterliegenden Vermögen, und dem nicht der Grundsteuer unterliegenden Vermögen, und nachdem nur das letztere Gegenstand der Ergänzungsteuer gewesen sei, werde die Verchiebung, die bei den getrennt zu haltenden Vermögensmassen vorkommen könnte, alljährlich einen großen Einfluß ausüben. Der sozialdemokratische Abgeordnete Goldstein anerkannte, daß mit dem § 19 eine große Ungerechtigkeit beseitigt werde; gleichgültig sei dabei, ob diese Beseitigung viel oder wenig Verlust oder Gewinn nach der anderen Seite im Gefolge habe. Er bedauere lebhaft, daß keine Deklarationspflicht bestünde in der Weise, daß man dieser Pflicht bei Verlust gewisser Rechte genügen müsse. Die Kammer nahm hierauf einstimmig den Gesetzentwurf an.

### Der Ausstand im französischen Koblenbecken.

(Telegramme.)

**Paris, 26. März.** Das Streikkomitee hat einen Aufruf erlassen, in dem die Ausständigen aufgefordert werden, den Achtstundentag, sowie 8 Frank Lohn zu fordern.

**Leus, 27. März.** Die Bergleute nehmen die Arbeit in größerer Zahl wieder auf. Man glaubt, daß sich eine große Mehrheit gegen die Fortsetzung des Ausstandes aussprechen wird.

**Leus, 27. März.** Die deutschen Rettungsmannschaften, deren Tätigkeit beendet ist, haben sich heute in Courrières verabschiedet und kehren nach Deutschland zurück. Die Bergungsarbeit wird von den französischen Rettungsmannschaften fortgesetzt.

**Strasbourg, 27. März.** Für die Opfer der Grubenkatastrophe in Courrières stiftete die neugegründete Internationale Bergwerksgesellschaft in St. Avoird 100 000 Mark.

### Bur Lage in Rußland.

(Telegramme.)

**St. Petersburg, 26. März.** Durch kaiserlichen Ukas sind die Wahlen zur Reichsduma für Estland auf den 27. April, für Kurland und Livland auf den 3. Mai festgesetzt.

**Moskau, 27. März.** Bei den Wahlen der Arbeiter in der Provinz Moskau kam es zu Zwischenfällen. Die Arbeiter verlangen die Ermächtigung, die Wahlfrage besprechen zu dürfen, was ihnen der Bürgermeister verweigerte. Mehrere Arbeiter bedrohten einen städtischen Beamten, der Ruhe geboten hatte und den sie für einen Polizisten hielten und verließen demonstrativ den Saal, worauf der Wahlakt ungestört fortgesetzt werden konnte.

**Petersburg, 27. März.** Gestern drangen fünf Individuen ins Postbureau und forderten von dem Beamten das vorhandene Geld. Dieser gab Feuer, traf jedoch niemand. Nachdem die Räuber den Beamten schwer verletzt, flohen sie.

**Kamenez (Gouvernement Grodno), 26. März.** Die St. Petersburg. Tel.-Agent. meldet: Gestützt auf ihre große numerische Ueberlegenheit im Stadterwahlrecht bemühen sich die jüdischen Wähler, nur ihre jüdischen Kandidaten durchzubringen. Die christliche Bevölkerung ist sehr erregt. Die Lage ist bedrohlich. Es sind Maßnahmen getroffen, Judenhegen zu verhindern. In Kamenez, Balta und Momirow befinden sich einige Soldaten Kasernen. In anderen Städten und Wahlorten wurden die Polizeiwachen verstärkt. In Kamenez ist die Lage noch verwickelter dadurch, daß die Bevölkerung gegen die Juden deshalb erbittert ist, weil diese gestern Abend auf dem Wege, den der Gouverneur nahm, eine Petarde zum Platzen brachten.

**Wschita, 27. März.** Das Kriegsgericht hat 18 wegen Beteiligung am Ausstande der Post- und Telegraphenbeamten angeklagte Beamte zum Tode verurteilt.

### Finanzreformen.

**St. Petersburg, 27. März.** Im Ministerrat legte der Finanzminister Schipow seine Pläne bezüglich der zukünftigen Finanzverwaltung dar. Nach einem Hinweis auf die schwere Zeit, die Rußland in finanzieller und wirtschaftlicher Hinsicht gegenwärtig durchmacht, und nach Anführung der Ursache der Schwierigkeiten, nämlich Kriegsausgaben, Teuerung in den Zentralprovinzen und Revolution, erklärte der Minister, die Hauptaufgabe der Finanzverwaltung bestünde darin, die unerläßlichen Ausgaben leizubehalten, die entbehrlichen zu verbergen und die überflüssigen abzuschaffen. Nur die Reichsduma werde darüber entscheiden können. Das wachsende Bedürfnis der Landbevölkerung und das des Elementarunterrichts ließen ihm verschiedene Maßnahmen als notwendig erscheinen, so eine Reform der Grundsteuer, die Einführung einer progressiven Steuer auf private Einkünfte und Erbschaften, eine Revision der Indirekten Steuern sei unmöglich, da unausführbare Lücken daraus entstehen würden. Die Steuer auf Naturprodukte sei unentbehrlich, ebenso die Besteuerung der Elektrizität und des Gases für die Beleuchtung durchaus gerechtfertigt. Ferner liege eine Besteuerung des Papiers im Bereiche der Möglichkeit.

### Die japanische Flotte und die russischen Schiffe.

In den nächsten Tagen werden, wie man uns aus London meldet, dort 600 Offiziere und Mannschaften aus Japan eintreffen, um die der Fertigstellung nahe Schlachtschiffe „Rashima“ und „Katori“ zu übernehmen. Die neuen Kommandanten weilen mit ihren ersten Offizieren schon seit drei Wochen in London. Die Uebernahme der beiden Schlachtschiffe, welche jedoch erst Anfangs Juni erfolgen kann, wird in gewisser Beziehung eine Wendung markieren. Es ist nicht ausgeschlossen, daß die japanische Admiralität in Zukunft abermals bei der Schiffbauindustrie des Bundesgenossen Beistand suchen wird, vorläufig ist jedoch nicht daran zu denken. Die japanische Schiffsbaukunst ist jetzt so fortgeschritten, daß man im eigenen Lande Schiffe bauen kann, und zwar selbst Panzer von so gewaltigen Dimensionen, welche die neuesten Erzeugnisse Englands noch übertreffen. Die auf der Werft von Yokosuka im Bau befindliche „Satsuma“ hat ein Displacement von 19 000, die in Kure im Bau begriffene „Aki“ sogar ein solches von 20 000 Tonnen und in den gleichen Werften wird auch die „Foma“ hergestellt, ein Panzerkreuzer von 14 000 Tonnen, der seinem Schwesterkreuzer „Futaba“ nachgefolgt ist, welche vor kurzem vom Stapel gelassen wurde. Japan will ferner eine „Freiwilligenflotte“ schaffen, deren erstes Schiff nach dem Bauanschlage einen Tonnengehalt von 3000 Tonnen erhalten und etwa 147 000 Pfund Sterling kosten soll. Neben diesem großartigen Aufschwunge japanischer Schiffsbaukunst kommt ein anderes Moment als ausschlaggebend in Betracht, welches Neubestellungen im Auslande, wenigstens für absehbare Zeit, ausschließt. Aufser den Neubauten hat nämlich die japanische Admiralität einen starken Zuwachs durch Hebungen und Einstellungen früherer russischer Schiffe

herbeiführen können. Vor Port-Arthur allein sind bisher vier Schlachtschiffe, zwei Kreuzer, zwei Torpedokanonenboote und ein Zerstörer gehoben worden. Natürlich hat man die besten Schiffe zuerst gehoben. Vor Port-Arthur sollen noch fünf Schiffe, alle aber von einem Displacement unter 2500 Tonnen und von größerem Alter, gehoben werden. Auch bei Tschumulpo und Takienwan sind zwei kleinere Fahrzeuge gehoben worden. Die bei Sachalin liegende „Novik“ soll im Mai gehoben werden. Die „Warjag“ (jetzt „Soya“) wird bei Sasebo ausgebeigert, ebenso ist man im Begriffe, die „Bayan“ und „Palada“ (jetzt „Aso“ und „Tuguru“) wieder herzustellen. Zwei nützliche Erwerbungen waren „Admiral Aprazin“ und „Admiral Seniavin“, welche im Kampfe genommen, jetzt unter den Namen „Kinoshima“ und „Minoshima“ (Namen der beiden kleinen Inseln, neben denen sie gefapert wurden) in die japanische Flotte eingereiht worden sind. Mit den Neubauten und den zu verwendenden russischen Schiffen wird die japanische Marine Ende des Jahres eine Flotte von 400 000 Tonnen besitzen, was als eine hinreichende Basis für die Weiterentwicklung der Behrtrakt zur See durch die eigene Schiffbauindustrie erscheint. An Schlachtschiffen wird Japan einschließlich der Neubauten Ende 1906 13 besitzen, nämlich im Bau: „Satsuma“, „Aki“, „Katori“, „Rashima“; im Bestand: „Mikasa“, „Shikishima“, „Fuji“; in der Hebung bei Sasebo: „Mikasa“; von der russischen Flotte: „Zwami“, „Gizen“, „Sagami“, „Suwo“, „Lango“, früher: „Drel“, „Retwifan“, „Pereswiew“, „Pobieda“, „Poltawa“.

### Großherzogtum Baden.

**Karlsruhe, 27. März.**

Seine königliche Hoheit der Großherzog empfing heute vormittag 11 Uhr den Präsidenten des Ministeriums des Großherzoglichen Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten Geheimrat Freiherrn von Marschall zu längerem Vortrag.

Nach dem Frühstück unternahmen die Höchsten Herrschaften mit Ihrer Hochfürstlichen Durchlaucht der Prinzessin Hermine Neuf eine Ausfahrt und kehrten zu Fuß nach dem Schloß zurück.

Nachmittags von 6 Uhr an hörte Seine königliche Hoheit der Großherzog die Vorträge des Intendanten des Hoftheaters Geheimen Hofrats Dr. Bassermann, des Geheimrats Dr. Freiherrn von Babo und des Legationsrats Dr. Seyd.

**Zusammenstellbare Fahrtscheinhefte.** Bestellungen auf zusammenstellbare Fahrtscheinhefte werden oft erst am Tage vor der Abreise bei den Stationen eingereicht, in der Meinung, daß diese Zeit für eine rechtzeitige Lieferung des Heftes genüge. Alle Bestellungen, die bei den Stationen aufkommen, wo sich keine Ausgabe stelle befindet, müssen einer der drei Ausgabe stellen — Mannheim, Karlsruhe oder Basel — zur Zusammenstellung des Heftes übermittel werden; die fertigen Hefte müssen von den Ausgabe stellen zur Bestellstation gesandt werden.

Die Zusammenstellung eines Heftes nimmt gewisse Zeit in Anspruch, auch haben die Ausgabe stellen nur Tagesdienst und sind an Sonntagen nachmittags geschlossen. Es liegt deshalb im eigenen Interesse des Publikums, diese Fahrtscheinhefte so frühzeitig zu bestellen, daß mit Sicherheit auf rechtzeitigen Bezug gerechnet werden kann.

**(Großherzogliches Hoftheater.)** Die Hofoper brachte am Samstag als Neuheit „Der fahrende Schüler“, komisch-romantisches Spiel in einem Akt, Dichtung (frei nach einem Zwißchenpiel des Cervantes, zum Teil unter Benützung der G. Göttschen Neugestaltung) und Musik von Edgar Aibel. Wir hatten im Laufe des Winters schon einmal Gelegenheit, die Begabung des Komponisten in einer von der Hofkapelle vorgeführten Orchesterkomposition zu beurteilen; sein Orchester durfte aber schon ein lebhaftes Interesse wecken. Ziel hat ohne Zweifel in der Kompositionskunst und Instrumentation fleißige Studien betrieben und auch schon sehr beachtenswerte Kenntnisse erworben, diese Errungenschaften sind aber vorläufig wohl noch nicht genügend entwickelt, um jetzt schon ein wirkungsvolles Bühnenwerk zu schaffen. Die Schemenmomente liegen im Mangel wahrhaft packender und origineller musikalischer Gedanken, im Mangel der zur Tonmalerei nötigen Charakteristika der Instrumentation und in der Vielstimmigkeit des musikalischen Stils. Das beste Lied der Komposition ist der Textdichtung, die in gewandter Ausarbeitung wirksame und amüsante Schwauentöne aufzuweisen hat. Gerechtweise wird man bei der Beurteilung eines Erstlingswerkes die Vorzüge stärker betonen dürfen, als die Mängel. Wenn wir trotzdem die letzteren nicht übergehen haben, so geschah es in der Ueberzeugung, daß damit dem Komponisten genügt wird, denn Ziel ist offenbar ein ernst strebender, begabter Autor, der der künstlerischen Reife erst entgegengeht. Wir bezweifeln nicht, daß dem ersten, gedanklich und technisch noch nicht ausgeglichene Werke bessere folgen werden. Herr Hofkapellmeister Walling hatte das Werk mit rühmlichem Fleiße einstudiert, und Herr Schön war für eine geschmackvolle Inszenierung eingetreten. Die Hauptrollen waren vorzüglich vertreten durch Herrn von Gortom (Titelpartie), Frau v. Westhofen (Rionarda), Fräulein Wärmersperger (Christine) und die Herren Keller (Bancrazio), Ruffard (Pietro), Rosa (Paolo) und Haag (Guiseppo). Das Verhalten des Publikums war teils zustimmend, teils ablehnend, doch konnte der anwendende Komponist einem zweimaligen Hervorwuffe Folge leisten. Der Abschluß des Abends bildete die Balletnummer „Sylvia“ oder die Nymphen der Diana von Jules Barbier und Mécante, Musik von Leo Delibes. Eine außerordentlich erfrischende Wirkung übte ein reizvolles, prickelndes Musik, die allein schon dem Werke einen durchschlagenden Erfolg zu sichern im Stande ist. In der Uebergabe des musikalischen Teiles, dessen Leitung Herrn Walling übertragen war, bemerken wir neben der rhythmischen Präzision die Feinheit und Eleganz in der Ausarbeitung der dynamischen Nuancen, Frau Allegri-Bang verdient für ihre tüchtig bewährte Inszenierung volles Lob, an dem auch die führenden Solisten Fräulein Kling (Sylvia), Fräulein Ulrici (Diana),

Fraulein Kirch (Amor), Felix Krone (Amptas), Richard Allegri (Crion), die Damen Stolge und Schmidt (Slavinnen), wie auch die übrigen Damen des Balletcorps ihren wesentlichen Anteil beanspruchen dürfen.

(Aus der Sitzung der Strafkammer I vom 23. März.) Vorsitzender: Landgerichtsrat M. Schmidt. Vertreter der Großstadt-Anwaltschaft: Referendar Gafner. — Des mehrfachen Diebstahls wurde die Dienstmagd Katharina Arlan aus Mörsbach überführt. Die schon häufig vorbestrafte Angeklagte wurde zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt. — In den letzten Monaten ist hier wiederholt vorgekommen, daß von böswilliger Hand die großen Schaufenstergehäusen hiesiger Firmen mit Diamanten geritzt wurden. Die betreffenden Firmeneinhaber erlitten dadurch einen, zum Teil recht erheblichen Schaden, da die Scheiben durch diese Einritzungen unbrauchbar geworden waren. Trotz eifriger Bemühungen der Polizei gelang es nicht, den oder die Täter zu ermitteln. In der Nacht vom 14. auf 15. Januar wurden wieder derartige Beschädigungen verübt und elf Firmen in hiesiger Stadt auf die geschädigte Art die Schaufenster zugrunde gerichtet, wodurch ein Gesamtschaden von 5088 M. entstand. Diesmal glückte es, des Hebeläters in der Person des 18 Jahre alten, hier wohnhaften Albert Winter aus Basel habhaft zu werden, der sich heute wegen Sachbeschädigung verantworten mußte. Das gegen ihn erlassene Urteil lautete auf 6 Wochen Gefängnis. — Der Landwirt J. Höfelst aus Bruchsal lernte am Abend des 13. November in einer hiesigen Wirtschaft den Kellerer Nikolaus Josten aus Alf und den Tagelöhner Friedrich Klenert aus Karlsrue kennen. Er zeigte mit beiden in verschiedenen Restaurationen, wobei sich seine Begleiter von ihm freihalten ließen. Zum Dank dafür ließ Josten dem Höfelst, der stark betrunken wurde, den Geldbeutel mit 180 M. Inhalt aus der Tasche. Von dem entwendeten Gelde erhielt Klenert 20 M. Wegen Diebstahls im Rückfalle wurde Josten unter Anrechnung von 1 Monat Untersuchungshaft mit 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis und wegen Schleicherei Klenert mit 3 Wochen Gefängnis, abzüglich 4 Wochen Untersuchungshaft, bestraft.

(Aus dem Polizeibericht.) Ein Söldner aus Auh a. Rh. stellte sich in der Nacht zum 25. d. M. einem auf dem Heimweg begriffenen Graveur als Kriminalstrafmann vor, der den Auftrag habe, ihn festzunehmen und nach dem Justizgebäude zu führen. Zu diesem Zwecke sah er ihn auch sofort an einem Kermel und transportierte ihn dem Justizgebäude zu. Eine Herrenstraße und Zickel begegnete ihnen aber ein Schuhmann, dem die Sache verdächtig vorkam, da er in dem Transporteur keinen Sicherheitsbeamten erkannte. Er stellte deshalb die beiden und als er den Sachverhalt erfahren, schritt er zur Festnahme des Pseudokriminalpolizisten, die nur mit Hilfe Dritter möglich war, da er sofort schrie und heftigen Widerstand leistete. Nach seiner Einlieferung gab er zu seiner Entschuldigung an, er habe gehört, daß in letzter Zeit so viele Uhren gestohlen werden und da habe er den Mann auf die Polizeistation transportieren wollen, damit er dort nach den gestohlenen Uhren hätte durchsucht werden können. Zweifellos war es ihm aber nur um eine Erpressung zu tun. — Gestern nachmittag wurde am Rondeleplatz, Karl-Friedrichstraße, ein elfjähriger Knabe, als er über die Straße sprang, von einem elektrischen Straßenbahnwagen, den er nicht beachtet hatte, angefahren und zu Boden geschleudert, doch gelang es dem Wagenführer unter Benützung der elektrischen Bremse den Wagen sofort zum Stehen zu bringen, wodurch ein größeres Unglück vermieden wurde. — Eine 41 Jahre alte, dem Tumor ergebene Hausfrau aus Nichtenberg wurde gestern früh in einem Hausgang in der Schwabenstraße, woselbst sie oft Unterkunft suchte, bis zur Bewußtlosigkeit betrunken aufgefunden. Sie wurde zunächst auf eine Polizeistation und von dort nach dem Städtischen Krankenhaus verbracht, woselbst sie gestern abend gestorben ist. Die Verstorbene war schon vor einigen Monaten mit blutunterlaufenem Gesicht, in schwer betrunkenem Zustand, halb ertrunken unter einem Schopf in der ehemaligen Altbaustraße aufgefunden worden. Die Söldnerin gab damals an, sie habe eben zu viel Schnaps getrunken und dies ginge niemand etwas an. — Wegen Unterschlagung von 51 M. Kundengeldern wurde ein flüchtiger Hausburche aus Ruchdorf angezeigt. — Verhaftet wurden u. a. zwei Kopfschlächter aus Unterjettingen bzw. Weibingen, die dringend verdächtig sind, im Schlachthaus Fleisch gestohlen zu haben; zwei Tagelöhner aus Ludwigsborn bzw. Weibingen, weil sie am 25. d. M. in einer Herberge gemeinschaftlich einen Arbeiter so schwer mißhandelten, daß er ins Krankenhaus verbracht werden mußte, und ein verheirateter Artist aus Juida, der in der Nacht zum 26. d. M. Ede Luchters und Kronenstraße mit einem Dolch einen Zementur einen Stich in einen Arm befehlte, daß er ebenfalls ins Krankenhaus aufgenommen werden mußte; ferner ein Zwangsgefangener aus Jittersbach, der aus der Anstalt Schwarzbach entwichen, hier in der Adlerstraße mittels Einsteigens Kleidungsstücke stahl und seine Anstaltskleidung zurückließ.

Z.-B.f.M.u.H. (Schneebeobachtungen.) In der verflochtenen Woche hat es zuerst in höheren, dann auch in tiefen Lagen ausgiebig geschneit, so daß am Schluß der Woche das ganze Land in Schnee gehüllt war. Am Morgen des 24. März (Samstag) sind gemessen worden: in Hürtzungen 16, in Dürheim 8, in Stetten a. M. 11, in Heiligenberg 14, in Jollhaus 14, beim Feldberger Hof 160, in Litzke 23, in Bonndorf 10, in Höbenfelden 6, in Bernau 13, in Gersbach 7, in Todtnauberg 45, in Gaudron 21, in St. Margen 50, in Miesbils 48, in Weitenbrunn 40, in Gerresweies 38, in Karlsrue 11, in Kalkenbrunn 40, in Tiefenbrunn 12, in Krautheim 10, in Strümpfelbrunn 15 in Elsenz 11 und in Buchen 8 Zentimeter.

kleine Nachrichten aus Baden. Ende Januar betrug die Einwohnerzahl Mannheims 164 777 Einwohner. Die Städtische Straßenbahn vereinnahmt im Januar 172 728 M. 90 Pf. (178 835 M. 20 Pf. im Vorjahre). Befördert wurden 1 822 673 Personen. — Der Lohnsatz der Gärtner und Gartenarbeiter wurde im allgemeinen anerkannt. — Ertrunken ist die Kellerin Gottliebina Mannuß von Sternfels, als sie sich vom rechten Uferufer aus in einem sog. Krieger (Nachen) auf ein dahelst vor Anker liegendes Rheinschiff begeben wollte. Die Ertrunkene ist 20 Jahre alt. Ihre Leiche ist noch nicht gefunden. — In Malsh (A. Ettingen) trat nach 48jähriger Dienstzeit Herr Postsekretär Gleichle in den Ruhestand. — Bis 1. März d. J. betragen bei der städtischen Sparkasse in Pforzheim die Einlagen 1 085 345 M. 27 Pf., die Rückzahlungen 745 749 M. 67 Pf. — Der Abjaß der Obstzentrale Wühl betrug 1905 53—54 000 Zentner im Wert von ca. 800 000 M. — Das Kurhaus Wiesbaden wird vom 1. Mai an verpachtet und zu einem erstklassigen Sanatorium für Nervenkranken umgewandelt. — In Konstanz hat sich am Samstag abend der 15 Jahre alte Kaufburche Gersbacher mit einem 2000 M. enthaltenden Wertbrief der Maschinenfabrik Höp & Kemper heimlich entfernt und wird seitdem vermißt.

### Neueste Nachrichten und Telegramme.

Berlin, 27. März. Die Kommission der Kammer der Abgeordneten zur Vorbereitung der beiden Wahlgesetze dürfte hat heute beide in 2. Lesung angenommen.

Potsdam, 27. März. Heute mittag 12 Uhr fand im Beisein des Kaiserpaars und des Kronprinzen, zahlreicher Fürstlichkeiten und hoher Würdenträger die Trauerfeier für die Herzogin Wilhelm von Mecklenburg, Prinzessin Alexandrine von Preußen, statt.

Weisenfels, 27. März. In dem Braunkohlenreviere von Zeis Neufels, Weisenfels und Lindenu kreifen 4—5000 Bergleute. Für den Beschluß, in den sofortigen Ausstund zu treten, stimmten in den Verhandlungen der Bergarbeiter zwei Drittel der Arbeiter. Der Beschluß erfolgte, weil die Grubenbesitzer ablehnten, über die Forderungen der Arbeiter in Verhandlungen einzutreten. Die Grubenbesitzer lehnten die Verhandlungen hauptsächlich deshalb ab, weil die bestehenden Arbeiterausschüsse umgangen worden seien und eine besondere Kommission mit der Einreichung der Forderungen betraut worden sei.

Weisenfels, 27. März. In den Gruben des Weisenfelder Reviers, in denen etwa 2500 Arbeiter beschäftigt sind, ist die Zahl der Streikenden von 280 am Montag morgen auf 600 am Montag abend gewachsen. Auf den Gruben Rumburg und Kamera ist die Belegschaft eingeleert und lehnt jede Beilegung am Ausstand ab. Auf den meisten Gruben des hiesigen Bezirks haben die Belegschaften durch die Arbeiterausschüsse mit den Vergleichen Verhandlungen angebahnt, zu einer Einigung ist es jedoch noch nicht gekommen.

Dresden, 27. März. Erzherzog Franz Ferdinand ist heute zum Besuche Seiner Majestät des Königs eingetroffen und wurde auf dem Bahnhof vom Könige, dem Prinzen Johann Georg und den Spitzen der Behörden empfangen.

Bern, 27. März. Der Ständerat genehmigte die Vorlagen betreffend die Neuorganisation der Gebirgsartillerie und Neubewaffung derselben mit einem Kruppischen 7,5-Zentimeter-Mohrrücklaufgeschütz.

Paris, 27. März. Dem „Figaro“ zufolge reist Ihre Majestät die Königin von England morgen über Paris nach Marseille ab, wo sie von Seiner Majestät König Eduard erwartet wird, und von wo aus sie an Bord der „Victoria und Albert“ eine Kreuzungsfahrt auf dem Mittelmeer unternimmt wird.

Paris, 27. März. Im Pariser Gemeinderat interpellierten die konservativen Mitglieder den Polizeipräsidenten wegen des Verhaltens der Schulleute bei den Kircheninventuraufnahmen. Polizeipräsident Lepine erwiderte in scharfer Weise, daß die Schulleute in der St. Clotildekirche von den jungen Aristokraten mit Stockschlägen empfangen worden seien. Die Schulleute hätten diese Schläge entsprechend erwidert, worüber die Aristokraten, welche noch die Privilegien des Mittelalters zu besitzen glauben, sehr erstaunt gewesen seien. (Lärm bei den Konservativen.) Nach einer langer und heftigen Debatte wurde mit 43 gegen 29 Stimmen eine von den radikalsten und sozialistischen Gemeinderäten beantragte Tagesordnung angenommen, in welcher die von den Konservativen ausgebreiteten lägerhaften Behauptungen gerügt wurden, durch die die Normalität der Inventur als eine Verabredungsmaschine hingestellt wird.

London, 26. März. Unterhaus. Der Minister des Innern Gladstone brachte einen Gesetzentwurf ein, der das bestehende Gesetz über die Zahlung von Unfallschädigungen seitens der Unternehmer an in ihren Betrieben zu Schaden gekommene Arbeiter ergänzt und verbessert. Bezüglich gewisser Beschränkungen des Entschädigungsanspruches erklärte Gladstone, daß das Gesetz noch keinen Abschluß bringe, eine endgültige Lösung der ganzen Frage vielmehr erst durch eine Zwangsversicherung, die aber vorläufig noch nicht ausführbar sei, zu erwarten sei. Die Redner aller Parteien, einschließlich der Arbeiterpartei, sprachen sich zustimmend aus. Dilke (lib.) erklärte, daß alle gewerblichen Schwierigkeiten, mit denen England jetzt kämpfe, von anderen Ländern bereits gelöst seien. Das deutsche Unfallversicherungssystem sei für England nicht anwendbar, wohl aber das französische Projekt, das auf dem Kontinent schon vielfach in Anwendung gekommen sei, wenn entsprechende Änderungen daran vorgenommen würden. Nachdem Gladstone auf eine Anfrage erklärt hatte, daß das Gesetz auch fremde Seeleute, die auf britischen Schiffen fahren, einbeziehe, wird dies Gesetz in erster Lesung angenommen.

Konstantinopel, 27. März. Als Mörder Nedwan Pascha sind vier kurdische Arbeiter verhaftet worden.

Konstantinopel, 27. März. Die als Mörder des Nedwan Pascha verhafteten vier Kurden leugnen und behaupten, sie seien Tabaksmuggler. Ihre Schuld, sowie die ihrer Mitstreiter, erweist sich.

Indianapolis, 27. März. Der Verein der Bergarbeiter hat gestern den Bergern von bituminöse Kohle führenden Bergwerken ein Ultimatum gestellt und unter Bedrohung auf die im Jahre 1903 festgesetzten Lohnsätze eine Lohnerhöhung um 5,55 Proz. gefordert. Die Bergwerksbesitzer wollen heute ihre Antwort geben. Dieser Beschluß wurde von den Arbeitern angenommen.

Teheran, 27. März. Das Mißtrauen gegen das Papiergeld der englischen Schahinschah-Bank greift auch in Teheran um sich. Zwei Tage lang stand eine Volksmenge vor der Bank, um Papiergeld gegen Silber einzuwechseln. Da die Bank eine genügende Menge davon besaß, wurde die Ruhe nicht gestört. Die persischen Telegraphenlinien sind für eine um 200 000 Rubel erhöhte Pachtsumme an einen neuen Pächter vergeben worden. In den an die Türkei grenzenden Bezirken herrscht große Unruhe wegen der türkischen Kämpfungen. Die persische Regierung ist jedoch eifrig bemüht, eine friedliche Lösung wegen des Lahdian-Territoriums herbeizuführen. — Die Peststrankungen in den Gebieten von Seistan sind seltener geworden. Nach der Ansicht der Ärzte werde sie ganz aufhören, sobald die Hitze eingetreten ist.

Peking, 27. März. Die Kaiserin-Witwe, die sich ausgezeichnete Gesundheit erfreut, empfing am Donnerstag den Kommandeur der ostasiatischen Besatzungsbrigade, Generalmajor Fehel, in Abschiedsaudienz.

New-York, 27. März. Große Sensation erregt die Ansammlung von amerikanischen Kriegsschiffen vor Shanghai. Bis jetzt befinden sich dahelst 8 Kreuzschiffe. Weitere folgen. Anscheinend werden neue Vorkeruren beabsichtigt.

### Verschiedenes.

Berlin, 26. März. In der gestrigen Sitzung des Zentralausschusses der Freiwirtschaftlichen Partei beantragte Abgeordneter Träger, den geschäftsführenden Ausschuß zu beauftragen, die einleitenden Schritte zur Errichtung eines Denkmals für Eugen Richter zu tun. Der Antrag wurde debattelos einstimmig angenommen.

Stettin, 27. März. (Telegr.) Im hiesigen Krankenhaus sind dem ersten Podenfälle zwei weitere Erkrankungen gefolgt, die man annimmt, infolge von Ansteckung im Krankenhaus selbst.

Karlstrona, 26. März. (Telegr.) Gestern landete in einem Walde, drei Meilen von hier, ein mit zwei Soldaten

benannter Ballon der ersten Kompanie des Luftschifferbataillons in Berlin. Als der Ballon sich über der Ostsee, 10 Meilen von der Küste befand, ging er nieder. Ein Soldat tappte den Ballon, worauf der Ballon wieder in die Höhe ging, während sich die Soldaten an den Tauern festhielten. Die Besatzung kam hier in gutem Zustande an.

Wilmersdorf, 27. März. Der Verwalter Hammann wurde im Streit von drei Arbeitern erschlagen. Die Täter sind verhaftet.

Koblenz, 27. März. (Telegr.) Durch Erdruß in Rülheim bei Herms sind 50 Häuser gefährdet. Sie mußten geräumt werden. 100 Familien sind obdachlos. Die Ursache der Katastrophe ist Druck unterirdischen Wassers.

Kaiserslautern, 26. März. Aus Neunkirchen wird gemeldet: Aus Anlaß des 100-jährigen Jubiläums der Niederlassung der Freiherr v. Stumm'schen Familie in Neunkirchen stiftete Freiherr Ferdinand v. Stumm 100 000 M., deren Zinsen Verwendung finden sollen zur Prämierung der Elementarschulabgangsgenossen für Knaben und Mädchen von Hüttenangehörigen. Ferner stiftete Freiherr v. Stumm eine Gemeinderathalle mit dem dazu gehörigen Grundstück.

Stuttgart, 27. März. Der Minister des Innern, Frhr. v. Soden, hat sich auf etwa sechs Wochen zur Wiederherstellung seiner Gesundheit nach Lugano begeben.

Strasbourg, 27. März. (Telegr.) Der Ausschuß für Errichtung eines Kaiser Wilhelm-Denkmal in Strasbourg, beschloß, die Beiträge, die im Laufe der Jahre 1888 bis 1905 aus dem Dispositionsfonds des Statthalters zur Verfügung gestellt worden sind, insgesamt 100 000 M., abzulehnen. Entscheidend für diesen Beschluß waren die abschließenden Bemerkungen mehrerer Abgeordneter in der Sitzung des Landesausschusses vom 20. März und der Umstand, daß diesen Ausführungen von keinem Mitgliede des Landesausschusses entgegengetreten worden war, obwohl der Landesausschuß alljährlich von diesen Beiträgen Kenntnis erhalten hatte und deshalb seine Zustimmung aus der Erteilung der Decharge gefolgert werden mußte.

Wien, 27. März. (Telegr.) Die Erzherzogin Marie Josepha unternahm sich heute einer Blinddarmentoperation, welche einen glücklichen Verlauf nahm und erhoffen läßt, daß das Leiden durch den operativen Eingriff ganz gehoben ist.

### Stand der Badischen Bank am 28. März 1906.

Aktiva.	
Metallbestand	8 724 251 M. 82 Pf.
Reichsbankgelder	35 055 „ — „
Noten anderer Banken	3 272 900 „ — „
Wechselbestand	17 865 922 „ 87 „
Bombardforderungen	11 505 750 „ — „
Effekten	1 136 561 „ 85 „
Sonstige Aktiva	2 082 532 „ 67 „
44 622 973 M. 71 Pf.	

Passiva.	
Grundkapital	9 000 000 M. — Pf.
Reservefond	2 145 844 „ 18 „
Umlaufende Noten	21 770 000 „ — „
Sonstige täglich fällige Verbindlichkeiten	11 300 996 „ 48 „
An eine Kündigungsrück gebundene Verbindlichkeiten	— „ — „
Sonstige Passiva	406 633 „ 05 „
44 622 973 M. 71 Pf.	

Verbindlichkeiten aus weiter begebenen, im Inlande zahlbaren Wechseln 409 858 M. 67 Pf.

Die Direktion der Badischen Bank

### Großherzogliches Hoftheater.

#### Im Hoftheater in Karlsruhe.

Donnerstag, 29. März. Abt. B. 53. Ab.-Vorst. „Kabale und Liebe“, Trauerspiel in 5 Akten von Schiller. Anfang 7 Uhr, Ende nach 10 Uhr.

Freitag, 30. März. Abt. C. 55. Ab.-Vorst. „La Traviata“ (Violetta), Oper in 3 Akten nach dem Italienischen des F. M. Piave, Musik von Verdi. Anfang 7 Uhr, Ende gegen 10 Uhr.

#### Im Theater in Baden.

Mittwoch, 28. März. 26. Ab.-Vorst. „Der Herr im Hause“, Lustspiel in 4 Akten von Paul Lindau. Anfang halb 7 Uhr.

Samstag, 31. März. 27. Ab.-Vorst. „Hans Gudebein“, Schwank in 3 Akten von Oskar Wünnenberg und Gust. Kadelburg. Anfang halb 7 Uhr, Ende nach 9 Uhr.

### Wetterbericht des Zentralbureaus für Meteorologie und Hydr. vom 27. März 1906.

Die Luftdruckverteilung hat sich auch in den letzten 24 Stunden nur wenig verändert. Während sich Minima über Spanien und über Finnland befinden, lagert hoher Druck im Nordwesten der britischen Inseln; es fällt deshalb die nördliche Luftströmung und damit das kalte Wetter an. Das Wetter ist vorwiegend unbeständig und vielfach fällt noch Schnee. Veränderliches und kühles Wetter mit stellenweisen Niederschlägen ist zu erwarten.

#### Wetternachrichten aus dem Süden vom 27. März 1906, früh.

Lugano bedeckt 3 Grad; Biarritz bedeckt 7 Grad; Nizza halbbedeckt 8 Grad; Triest Regen 9 Grad; Florenz bedeckt 7 Grad; Rom wolfig 12 Grad; Cagliari bedeckt 19 Grad; Brindisi bedeckt 9 Grad.

### Witterungsbeobachtungen der Meteorolog. Station Karlsruhe.

März	Barom. mm	Therm. in C.	Windst. in mm	Feuchtigkeit in Proz.	Wind	Witterung
26. Nachts 9 <sup>u</sup> 11.	742.4	+1.7	3.4	66	NE	heiter
27. Morgs. 7 <sup>u</sup> 11.	743.2	-1.1	3.6	84	„	bedeckt
27. Mittags 9 <sup>u</sup> 11.	743.4	+8.1	3.9	50	„	heiter

Öchste Temperatur am 26. März: +6.6; niedrigste in der darauffolgenden Nacht: -2.2.

Niederschlagsmenge des 26. März: 0.0 mm

Wasserstand des Rheins am 27. März, früh: Schusterinsel 1.95 m, Stülzland; Rehl 2.26 m, gefallen 1 cm; Maxau 4.03 m, gefallen 8 cm; Mannheim 3.79 m, gefallen 10 cm.

Verantwortlicher Redakteur: Julius Kay in Karlsruhe. Druck und Verlag: O. Braun'sche Hofbuchdruckerei in Karlsruhe.

# Konfirmations-Geschenke

Reiche Auswahl  
eingerahmter Bilder  
in allen Preislagen

**E. Büchle**  
Kunsthandlung u. Rahmenfabrik  
149 Kaiserstrasse 149

Hoflieferant  
4 Erbprinzenstrasse 4  
Karlsruhe

empfehlenswert  
**Flügel und Pianinos**  
von

Bechstein,  
Blüthner,  
Steinweg Nachf.,  
Steinway & Sons,  
Ibach, Kaps, Thürmer.

Mannborg-Harmoniums.

Reelle Preise.  
— Fachmännische Garantie. —  
Grösste Auswahl.

Das Lager, welches über hundert mit grösster Sorgfalt ausgewählte Instrumente enthält, trägt jedem Geschmack und Bedürfnis Rechnung und erleichtert dadurch die Wahl eines Instrumentes wesentlich.

**Berein für Volkshygiene**  
und Gesellschaft zur Bekämpfung des Kurpfuschertums  
(Ortsgruppen Karlsruhe).

Donnerstag den 29. März 1906, abends 8 1/2 Uhr,  
im großen Rathhause

**Vortrag**  
des Herrn Hofrat Dr. Bentscher-Karlsruhe,  
über: „Schmutz und Reinlichkeit“  
(Infektion und Desinfektion).

Eintritt frei für jedermann. Auch die Damen sind freundlichst eingeladen.

**G. Braunsche Hofbuchdruckerei u. Verlag, Karlsruhe.**

**Die Verhältnisse der Industriearbeiter in 17 Landgemeinden bei Karlsruhe**  
Dargestellt von dem Grossh. Fabrikinspektor **Dr. Fuchs**  
Bericht  
erstattet an das Grossh. Ministerium des Innern und  
herausgegeben von der  
Grossherzoglich Badischen Fabrikinspektion

Preis 2.50 Mark.

Dies in grössten Umrissen der wesentlichste Inhalt der Fuchsschen Untersuchungen, die für den Sozialpolitiker wie nicht minder für den Hygieniker und Arzt von hervorragendem Interesse sind. Hängt doch eine Besserung unseres wirtschaftlichen Lebens und der von diesem bedrohten Volksklassen in erster Reihe von der Erfüllung sozialhygienischer Massnahmen ab, deren Wirken und Wesen in vollem Einklang stehen müssen mit den ungesund erkannten, gegenwärtigen Wirtschaftsbedingungen. In diese uns einen weiten Einblick eröffnet zu haben, ist das Verdienst von Fuchs, der mit offenem Blick und warmen Herzen die Untersuchung vollführt hat.

Julian Morouse-Mannheim im „Archiv f. soziale Medizin u. Hygiene“.

**Zu beziehen durch jede Buchhandlung**

**Badischer Frauenverein.**

Am 1. Mai 1906 beginnt in der Kunstschule ein neuer Kurs zur Ausbildung von Kunstschülerinnen, sowie ein neuer Unterrichtskurs für feinere weibliche Handarbeiten.

Anmeldungen dafür sind an die Kunstschule, V. Lenzstrasse 2, zu richten; mündliche Auskunft wird ebendort erteilt, jeweils in den Vormittagsstunden zwischen 9-12 Uhr.

Karlsruhe, den 7. März 1906.

**Der Vorstand der Abteilung I.**

**Handschuhe, Cravatten, Schirme**  
anerkannt vorzügl. Qualitäten empfohlen

**LUDWIG OEHL**  
Nachfolger  
**KARLSRUHE i. B.**  
Kaiserstr. 112  
P 512. 10.10

**Bürgerliche Rechtsstreite.**

Öffentliche Zustellung einer Klage.  
3.174.2.1. Nr. 6143. Karlsruhe.  
Der Kaufmännische Emanuel Leopold Arthur Baudru zu Baden, Prozeßbevollmächtigter Rechtsanwalt Bonn in Baden, klagt gegen seine Ehefrau Laurence Madeleine geb. Matcon aus Wilfranch, früher zu Baden, jetzt an unbekanntem Ort, auf Grund der §§ 1565 und 1568 B.G.B. mit dem Antrage auf Scheidung der am 6. Oktober 1898 zu Baden geschlossenen Ehe der Parteien aus Verschulden der Beklagten und Beurteilung der letzteren zur Kostentragung.

Der Kläger ladet die Beklagte zur

mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits vor die III. Zivilkammer des Grossh. Landgerichts zu Karlsruhe auf Donnerstag den 31. Mai 1906, vormittags 9 Uhr, mit der Aufforderung, einen bei dem gedachten Gerichte zugelassenen Anwalt zu bestellen.

Zum Zwecke der öffentlichen Zustellung wird dieser Auszug der Klage bekannt gemacht.

Karlsruhe, den 24. März 1906.  
Höffinger,  
Gerichtsschreiber des Gr. Landgerichts.

Öffentliche Zustellung einer Klage.  
3.161.2.1. Nr. 6299. Offenburg.  
Die Wälder Wilhelm Ketterer Ehefrau, Josephine geb. Metzler in Triberg, Prozeßbevollmächtigter: Rechtsanwalt Burger in Offenburg, klagt gegen ihren genannten Ehemann, an unbekanntem Ort abwesend, früher zu Schönach, auf Grund bösslicher Verlassung nach § 1567 Ziff. 2 B.G.B. und auf Grund des § 1568 B.G.B. auf Scheidung mit dem Antrage, die Ehe der Parteien wird aus Verschulden des Beklagten für geschieden erklärt.

Die Klägerin ladet den Beklagten zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits vor die zweite Zivilkammer des Grossh. Landgerichts zu Offenburg auf

Freitag den 25. Mai 1906, vormittags 9 Uhr, mit der Aufforderung, einen bei dem gedachten Gerichte zugelassenen Anwalt zu bestellen.

Zum Zwecke der öffentlichen Zustellung wird dieser Auszug der Klage bekannt gemacht.

Offenburg, den 26. März 1906.  
Gerichtsschreiber Gr. Landgerichts.  
Graf.

Öffentliche Zustellung.  
3.142.2. Nr. 8848. Säckingen.  
Der S. Bloch, Manufaktur- und Herrenkleidergeschäft in Säckingen, Prozeßbevollmächtigter: Rechtsagent Zimmermann in Säckingen, klagt gegen den an unbekanntem Ort sich aufhaltenden Säger Wolf Voos, früher in Säckingen, unter der Behauptung, daß Kläger dem Beklagten in den Jahren 1902-1905 auf vorherige Bestellung Waren geliefert, mit dem Antrage auf Beurteilung des Beklagten zur Zahlung von 169 M. 23 Pf. nebst 4 Proz. Zinsen vom Klageaufstellungstage an und vorläufiger Vollstreckbarerklärung des Urteils.

Der Kläger ladet den Beklagten auf

Dienstag den 22. Mai 1906, vormittags 9 1/2 Uhr vor das nach seiner Behauptung gemäß § 23 Z.P.O. zuständige Amtsgericht Säckingen zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits.

Zum Zwecke der öffentlichen Zustellung wird dieser Auszug der Klage bekannt gemacht.

Säckingen, den 21. März 1906.  
Gerichtsschreiber:  
Hübner.

Öffentliche Zustellung.  
3.170.2.1. Bruchsal. Das Grossh. Amtsgerichts Bruchsal hat heute folgendes

**Aufgebot**  
erlassen:  
Fabrikarbeiter Franz Karl Geiger

von Forst hat beantragt, seinen verstorbenen, am 4. November 1888 zu Wbstadt geborenen, im Jahr 1887 oder 1888 nach Amerika ausgewanderten, zuletzt in Wbstadt wohnhaften Vater, Straßmann Franz Joseph Geiger, für tot zu erklären.

Der bezeichnete Verstorlene wird aufgefordert, sich spätestens in dem auf:

Montag den 31. Dezember 1906, vormittags 10 Uhr, vor dem diesseitigen Gerichte anberaumten Aufgebotsstermin zu melden, widrigenfalls die Todeserklärung erfolgen wird.

An alle, welche Auskunft über Leben oder Tod des Verstorlenen zu erteilen vermögen, ergeht die Aufforderung, spätestens im Aufgebotsstermin dem Gerichte Anzeige zu machen.

Bruchsal, den 21. März 1906.  
Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts.  
Baumann.

**Aufgebot.**  
3.143.2. Nr. 8952. Wiesloch.  
Der Landwirt Ambras Klefenz in Malß hat beantragt, den verstorbenen, am 19. Januar 1824 zu Malß, Amts Wiesloch, geborenen, zuletzt dort wohnhaften Landwirt Christof Klefenz für tot zu erklären.

Der bezeichnete Verstorlene wird aufgefordert, sich spätestens in dem auf

Dienstag den 16. Oktober 1906, vormittags 11 Uhr, vor dem unterzeichneten Gerichte anberaumten Aufgebotsstermin zu melden, widrigenfalls die Todeserklärung erfolgen wird.

An alle, welche Auskunft über Leben oder Tod des Verstorlenen zu erteilen vermögen, ergeht die Aufforderung, spätestens im Aufgebotsstermin dem Gerichte Anzeige zu machen.

Wiesloch, den 20. März 1906.  
Gr. Amtsgericht.  
Höffinger.

Dies veröffentlicht:  
Der Gerichtsschreiber.  
Häuser.

**Konkursverfahren.**  
3.173. Nr. 3140 III. Karlsruhe.  
Ueber das Vermögen des Architekten Gustav Gerhard hier, Rappurstrasse Nr. 70, wurde am 26. März 1906, nachmittags 4 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet.

Herr Karl Nagel, Kaufmann hier, Söfenstrasse Nr. 140, wurde zum Konkursverwalter ernannt.

Konkursforderungen sind bis zum 27. April 1906 bei dem Gerichte anzumelden.

Es ist zur Beschlußfassung über die Wahl eines anderen Verwalters, sowie über die Bestellung eines Gläubigerausschusses und eintretenden Falls über die in § 132 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände auf

Freitag den 27. April 1906, vormittags 9 Uhr, und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen auf

Freitag den 11. Mai 1906, vormittags 9 Uhr, vor dem diesseitigen Gerichte, Akademiestrasse 2B, 3. Stock, Zimmer Nr. 50, Termin anberaumt.

Allen Personen, welche eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Konkursmasse etwas schuldig sind, ist aufgegeben, nichts an den Gemeinschuldner zu verabfolgen oder zu leisten, auch die Verpflichtung auferlegt, von dem Bestehen der Sache und von den Forderungen, für welche sie aus der Sache abgeforderte Befriedigung in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter bis zum 27. April 1906 Anzeige zu machen.

Karlsruhe, den 27. März 1906.  
Thum,  
Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts.

**Bekanntmachung.**  
3.165. Forzheim. In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Bauunternehmers Heinrich Fahlbusch hier ist Termin zur Abnahme der Schlußrechnung des Verwalters, zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlußergebnis der bei der Verteilung zu berücksichtigenden Forderungen und zur Anhörung der Gläubiger über die den Mitgliedern des Gläubigerausschusses zu gewährenden Vergütung bestimmt auf

**Bekanntmachung.**  
3.167. Nr. 4283. Wolfach. In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Weberbauern Matthias Sum in Oberwolfach ist Schlusstermin gemäß § 162 A.O. auf:

Donnerstag den 19. April 1906, nachmittags 4 Uhr, vor Grossh. Amtsgericht Wolfach bestimmt.

Wolfach, den 24. März 1906.  
Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts.  
Reich,  
Grossh. Amtsgerichtsschreiber.

**Bekanntmachung.**  
3.171.2.1. Nr. 1712.1. Karlsruhe, den 25. März 1906.  
Grossh. Generaldirektion.

**Konkursverfahren.**  
3.160. Nr. 5264. Weinheim.  
Ueber das Vermögen des Kaufmanns Heinrich Casparius, Inhaber der Firma „Gerlings Warenhaus, Inhaber Heinrich Casparius“ in Weinheim, wird heute, am 24. März 1906, nachmittags 1/2 6 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet.

Der Rechtsanwalt Pfisterer in Weinheim wird zum Konkursverwalter ernannt.

Konkursforderungen sind bis zum 1. Mai 1906 bei dem Gerichte anzumelden.

Es wird Termin vor dem diesseitigen Gerichte zur Beschlußfassung über die Beibehaltung des ernannten oder die Wahl eines anderen Verwalters, sowie über die Bestellung eines Gläubigerausschusses und eintretenden Falls über die in § 132 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände auf

Dienstag den 24. April 1906, nachmittags 3 Uhr, und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen auf

Dienstag den 29. Mai 1906, nachmittags 3 Uhr.

Allen Personen, welche eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Konkursmasse etwas schuldig sind, wird aufgegeben, nichts an den Gemeinschuldner zu verabfolgen oder zu leisten, auch die Verpflichtung auferlegt, von dem Bestehen der Sache und von den Forderungen, für welche sie aus der Sache abgeforderte Befriedigung in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter bis zum 1. Mai 1906 Anzeige zu machen.

Grossh. Amtsgericht zu Weinheim.  
gez. Grimm.  
Dies veröffentlicht:  
Der Gerichtsschreiber.  
Martin, Rechtspraktikant.

**Bekanntmachung.**  
3.167. Nr. 4283. Wolfach. In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Weberbauern Matthias Sum in Oberwolfach ist Schlusstermin gemäß § 162 A.O. auf:

Donnerstag den 19. April 1906, nachmittags 4 Uhr, vor Grossh. Amtsgericht Wolfach bestimmt.

Wolfach, den 24. März 1906.  
Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts.  
Reich,  
Grossh. Amtsgerichtsschreiber.

**Verlosung.**  
Die Ziehung über die pro 1906 zur Gemeinabteilung kommenden Partzialobligationen vom Wasserleitungsanlehen findet Samstag den 7. April 1. 3. vormittags 11 Uhr, auf hiesiger Rathausgasse öffentlich statt, was hiermit zur öffentlichen Kenntnis gebracht wird.

Kenzlich, den 26. März 1906.  
Der Gemeindevorstand.

**Grossh. Bad. Staats-Eisenbahnen.**  
Der mit Bekanntmachung vom 20. Februar 1. 3. auf 1. April angehängte Nachtrag VI zum badisch-bayerischen Gütertarif vom 1. Oktober 1901 wird erst auf 1. Mai d. 3. ausgesetzt.

Der Bezugspreis beträgt 20 Pf. Karlsruhe, den 25. März 1906.  
Grossh. Generaldirektion.

**Grossh. Bad. Staats-Eisenbahnen.**  
Für den Neubau des Aufnahmsgebäudes in Vrbach sind die nachverzeichneten Arbeiten in öffentlicher Verbindung zu vergeben:

- Entwässerungsanlage,
- Verputz- und Gipfearbeiten,
- Schreinerarbeiten,
- Maßarbeiten,
- Schlosserarbeiten,
- Holzrolladenlieferung,
- Asphaltparkettbodenverlegung,
- Mosaikbodenbeläge und Terrazzo-herstellung,
- Linoleumbodenbeläge,
- Mal- und Feinmalarbeiten.

Pläne und Bedingungen liegen auf meinem Hochbauamt, Bahnhofstrasse Nr. 12 hier, Zimmer Nr. 6, zur Einsicht auf, wofür auch die Angebotsformulare erhoben werden können.

Eine Zusendung dieser Unterlagen nach auswärtig findet nicht statt.

Die Angebote sind verschlossen und mit entsprechender Aufschrift versehen, längstens bis zu dem am

Dienstag den 10. April d. 3., vormittags 10 Uhr, stattfindenden Verhandlungstag postfrei anber einzureichen.

Die Zuschlagsfrist beträgt 3 Wochen. Bietel, den 24. März 1906.  
Der Grossh. Bahnbauinspektor.